

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik —

Vorsitzender: Prof. Dr. Ernst Helmstädter, Universität Münster

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Herbert Hax, Universität Köln

Schatzmeister: Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dipl.-Vw. Friedrich Aumann, Universität Münster

Geschäftsstelle: Alter Fischmarkt 21, D-4400 Münster, T (02 51) 83 29 44

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Sozialwissenschaftlicher Ausschuß

Der Sozialwissenschaftliche Ausschuß traf am 10. und 11. Mai 1985 in Celle zu seiner Jahrestagung zusammen. Dabei führte er die Behandlung des Themas vom Vorjahr: „Sozialwissenschaftliche Probleme der Familie“ fort. Während 1984 das Bild der Familie in den eher theoretisch orientierten Zweigen der Sozialwissenschaften, vornehmlich innerhalb der Soziologie und der Ökonomik entwickelt wurde, diente die diesjährige Fortsetzung vor allem dazu, empirische Aspekte in die Diskussion miteinzubeziehen.

Prof. Dr. H. G. Krüsselberg berichtete in seinem Referat „Einige Hypothesen der ‚Economics of the Family‘“ über die Wertermittlung der Haushaltsproduktion in der Bundesrepublik aufgrund einer Stichprobe von 1 200 Haushaltungen. Die Bewertung erfolgte aus der Basis von Zeitbudgets und BAT-Sätzen. Die Probleme und Meriten dieser Vorgehensweise waren ein Schwerpunkt der Diskussion. Ein weiterer betraf die Substitutionsbeziehungen im Zeitbudget infolge der Erwerbstätigkeit der Frau. So nimmt die Zeit für die Kinderbetreuung zu, während Freizeit und die Zeit für Hausarbeit kürzer werden.

Die Behandlung von Problemen der Familie durch den Sozialwissenschaftlichen Ausschuß wies bislang eine Lücke auf, insofern als sozialbiologische Fragestellungen ausgeklammert waren. Prof. Dr. U. Witt hat in seinem Referat „Familienökonomik — einige nicht-neoklassische Aspekte“ den Brückenschlag von der Ökonomik zur Sozialbiologie zu schlagen versucht. Trotz einiger Parallelen zwischen Biologie und Sozialwissenschaften in Denkweise und Problemstellung und trotz der durch eindrucksvolle Beispiele belegbaren Denkanstöße betonte die Diskussion gerade die Unterschiede. So ist der Selektionsdruck innerhalb der menschlichen Kultur andersartig als im biologischen Bereich, soweit hier überhaupt von Selektion gesprochen werden kann.

Mit einer explorativen Studie aus dem Gebiet der ökonomischen Psychologie machte Prof. Dr. H. Brandstätter den Ausschuß bekannt. Der Titel der

Arbeit lautet: „Die sozialen Kosten der Wunscherfüllung: Partnerbeziehung und Kaufentscheidung“. Das Schlüsselbeispiel dieses Themas ist der Fall, daß sich ein (Ehe-)Partner bei einer Kaufentscheidung in gravierender Weise über die Interessen oder den ausdrücklichen Wunsch des anderen hinwegsetzt. Welche Konsequenzen hat das? In der Diskussion spielten Begriffe wie „Dominanz“ und „Harmonie“ eine Rolle und inwieweit sie hilfreich bei der Analyse des betrachteten Konflikts sind. So erscheint es z. B. nicht klar zu sein, ob „Dominanz“ und „Harmonie“, wie immer definiert oder gemessen, unabhängig voneinander als eigenständige Kategorien bestimmt werden können.

Eine Spezialfrage von großer aktueller Bedeutung bilden „Innerfamiliäre Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit“. Prof. Dr. K. Heinemann hat sich in einer größeren empirischen Untersuchung mit diesem Thema befaßt. Besonderes Interesse fand die Hypothese, daß sich die als Folge der Arbeitslosigkeit ergebenden familiären Konflikte als „Anpassungskosten“ gedeutet werden können. Die Konsequenzen für die Persönlichkeitsstruktur, die Leistungsmotivation und das Suchverhalten nach einem neuen Arbeitsplatz wurden ausgeleuchtet.

In der Diskussion und in den Gesprächen am Rande des Treffens dominierte die Meinung, daß die gegenwärtig wichtigsten Fragen zum Thema „Familie“ behandelt worden sind, und ein Wechsel der Thematik angezeigt sei.

Die Mitgliederversammlung wählte als neuen Vorsitzenden Prof. Dr. Selten und gemäß den Gepflogenheiten des Ausschusses den bisherigen Vorsitzenden zum Stellvertreter. Es wurde dem neuen Vorsitzenden anheimgestellt, das neue Thema des Ausschusses zu bestimmen. Es lautet „Verhandlungen“.

Prof. Dr. Horst Todt, Hamburg

Sozialpolitischer Ausschuß

Der Sozialpolitische Ausschuß tagte am 19./20. 9. 1985. Tagungsort war die Universität Trier. Die Jahrestagung stand unter dem Thema: „Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise“. Es wurden folgende Referate vorgelegt:

Prof. Dr. Klose, Wien: Problematik der Sozialpolitik bei rückläufigem Wachstum in Österreich;

Prof. Dr. Hardes, Trier: Betriebliche Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik;

Prof. Dr. Schellhaaß, Berlin (als Gast ‚sine spe‘): Kündigungsschutz und Krise auf dem Arbeitsmarkt;

Prof. Dr. Buttler, Paderborn: Regulierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen.

Außerdem berichtete Herr Kollege Berié, Brüssel, über seine Arbeit bei der EG-Kommission in Brüssel mit besonderer Würdigung der sozialpolitischen Aspekte.

Nach intensiver Diskussion wurde beschlossen, die Referate der Mitglieder des Ausschusses in überarbeiteter Form unter dem Titel „Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise II“ in den Schriften des Vereins zu veröffentlichen.

Nach 4jähriger Amtszeit des bisherigen Ausschußvorsitzenden, Prof. Dr. H. Winterstein, Erlangen, wurde Prof. Dr. Thiemeyer, Bonn, einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Die nächste Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses wird am 29./30. 9. 1986 in Wien stattfinden. Das Rahmenthema der Jahrestagung lautet: „Regulierung : Deregulierung“.

Wie es nunmehr im Sozialpolitischen Ausschuß schon zur Regel geworden ist, haben die Kollegen der Universität am Ort in ganz vorbildlicher Weise die Tagung des Ausschusses für Sozialpolitik 1985 vorbereitet und ein Rahmenprogramm ausgearbeitet, das sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Ausschuß hat den Kollegen Hardes und Knappe dafür besonders gedankt. In Stichworten ist hier nur zu nennen: das Treffen im historischen Weinkeller der Vereinigten Hospitien am Mittwoch, dem 18. 9., das gemeinsame Mittagessen im Hotel Blesius-Garten, die Führung im Karl-Marx-Haus sowie der Empfang durch den Bürgermeister der Stadt Trier.

Prof. Dr. Helmut Winterstein, Erlangen

Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen

Der Ausschuß befaßte sich auf seiner Sitzung am 19. und 20. September 1985 in Saarbrücken in vier Referaten mit Fragen der „Entstehung und Konformität alternativer Koordinationsformen in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen“.

Gegenstand des Referats von Prof. Dr. Hans Nutzinger ist das Verhältnis zwischen unternehmensinternen und -externen Koordinationsformen in verschiedenen Wirtschaftssystemen und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die Mitwirkung der Arbeitnehmer am Entscheidungsprozeß der Unternehmungen sowie für die Internalisierung negativer Umwelteffekte. Anhand der Hirschman'schen Handlungsalternativen „Abwanderung“ und „Widerspruch“ werden zunächst die Einflüsse untersucht, die die jeweils dominierende Koordinationsform auf die Handlungsmöglichkeiten der Beschäftigten hat. Nach Nutzinger erscheint das Partizipationsproblem nur vordergründig systemindifferent: Durch die asymmetrische Verteilung der Transaktionskosten bei Abwanderung zuungunsten der Arbeitnehmer komme es in Marktwirtschaften zu verstärkter innerbetrieblicher Interessenartikulation und zu einer tendenziellen Annäherung der Ziele der Beschäftigten und der Unternehmensleitung. Partizipationsfördernd wirke auch das demokratische Umfeld der Unternehmung. In Zentralverwaltungswirtschaften vermittele dagegen der Arbeitsmarkt nur geringe Möglichkeiten der Abwanderung; zugleich führe die Arbeitsplatzsicherheit zu einem vergleichsweise geringen Autoritätsspielraum für die Betriebsleitung. Das systemspezifische Problem der „weichen Pläne“ erfordere jedoch verstärkte außerbetriebliche Steuerung und Kontrolle, wodurch die innerbetriebliche Partizipation notwendig beschränkt werde. Die Partizipationsmöglichkeiten werden so in Marktwirtschaften günstiger eingeschätzt als in Zentralverwaltungswirtschaften. Den Haupthinderungsgrund für die Entstehung konkurrenzfähiger ‚laboristischer‘ Unternehmungen sieht Nutzinger in Finanzierungshindernissen des Kapitalmarktes. Abschließend analysiert er die Praktikabilität einzelner umweltökonomischer Instrumente unter den jeweiligen Bedingungen der dominierenden Koordinationsform. Die Auflagenpolitik

wird als ein für beide Systeme ineffizientes Verfahren angesehen; dagegen wird der Haftungslösung eine günstigere Wirkung zugeschrieben.

Der Umweltökonomie gilt auch das Referat von Prof. Dr. *Lothar Wegehenkel*. Er skizziert anhand eines Modells die verfügungsrechtlichen Voraussetzungen und Probleme der Internalisierung negativer externer Effekte bei privatrechtlicher, öffentlicher und gemischter Zuordnung der Umweltressourcen. Mit Hilfe des so gewonnenen Begriffs- und Referenzrahmens analysiert er die Konformität der wichtigsten umweltökonomischen Instrumente (Auflagen, Pigou-Steuer, Verhandlungs- und Zertifikatelösung) mit den zuvor abgeleiteten Verfügungsrechtsstrukturen. Wegehenkel leitet für den Fall der Luftverschmutzung ab, daß die Aufgabe der Internalisierung in Marktwirtschaften mit Privateigentum an Boden und öffentlichem Eigentum am Luftraum besser bewältigt wird als in Zentralverwaltungswirtschaften mit ausschließlich öffentlichem Eigentum, auch wenn den bisherigen marktwirtschaftlichen Problemlösungen nur second-best-Eigenschaften zugesprochen werden.

Dr. *Wass von Czege* vergleicht die betrieblichen Entscheidungsspielräume in sozialistischen Wirtschaftsordnungen, wobei die Gegebenheiten in der DDR und in Ungarn mit ihren unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen unterstellt werden. Von Czege stellt fest, daß sowohl das Vertragssystem als auch der „Sozialistische Wettbewerb“ in der DDR primär der Plamentierung dienen und deshalb keine Grundlage für die Entstehung eines spontanen Koordinationsmechanismus bietet. Für das ungarische Wirtschaftssystem leitet der Autor dagegen eine potentielle Vielfalt autonomer Koordinationsformen ab. Diese sei in einem Wirtschaftssystem mit dominierender indirekter geld-, fiskal- und preispolitischer Lenkung staatlicherseits erwünscht. Gleichwohl wird festgestellt, daß in der Wirklichkeit nur schwache Ansätze für die Entstehung und Entfaltung autonomer Betriebsformen zu beobachten sind. Hierzu wird auf die restriktiven Einflüsse aufmerksam gemacht, die von der vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Rahmenordnung auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte, der Unternehmensleitungen und der Lenkungsorgane ausgehen und insgesamt eine negative Wirkung auf die Möglichkeit der Entscheidungsdezentralisierung haben.

Mit den Entstehungsgründen und Auswirkungen der Schattenwirtschaft auf den Bereich der offiziellen Wirtschaft in Markt- und Zentralverwaltungswirtschaften befaßt sich das Referat von Prof. Dr. *Dieter Cassel*. Als Gründe für die starke Expansion der Schattenwirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre werden zunehmender Steuer- und Regulierungsdruck im Westen, wachsende Versorgungsdefizite und verstärktes Planversagen im Osten angesehen. Die Folge sei ein wachsender Widerspruch zwischen gesamtwirtschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Interessen. Von diesen Annahmen ausgehend, entwickelt Cassel ein systemvergleichend konzipiertes Modell des Schattenarbeitsmarktes, mit dessen Hilfe die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Schattenwirtschaft auf Allokation, Stabilisierung und Distribution in den beiden konträren Wirtschaftssystemen untersucht werden. Für Marktwirtschaften wird der Schattenwirtschaft ein günstiger Einfluß auf die Faktormobilität und Preisflexibilität zugesprochen, womit allerdings der Nachteil einer Verringerung der Arbeitsteilung, einer Rückkehr zur Tauschwirtschaft und hoher Transaktionskosten in Kauf zu nehmen sei. Im Gegensatz dazu konstatiert Cassel für Zentralverwaltungswirtschaften negative allokativen

Effekte, da die Abwanderung in die Schattenwirtschaft zur Leistungsrückhaltung im offiziellen Bereich sowie zu ungesetzlichem Ressourcenentzug führe, wodurch sich die ohnehin ungenügende Versorgungslage weiter verschlechtere. Für beide Wirtschaftssysteme wird der Schattenwirtschaft eine Verbesserung der Reaktionsfähigkeit des Gesamtsystems auf exogene Schocks zugesprochen. Ihre vorübergehende Expansion in der Marktwirtschaft wird vom Autor allerdings wesentlich positiver beurteilt als in Zentralverwaltungswirtschaften, da dort die negativen allokativen Effekte insgesamt destabilisierend wirkten.

Quantitative Aussagen über Verteilungswirkungen lassen sich nach Cassel nicht treffen, doch sieht er Anhaltspunkte dafür, daß die Schattenwirtschaft im Westen als Demokratisierung des Regulierungs- und Steuerwiderstandes, im Osten als Demokratisierung des Systemwiderstandes aufgefaßt werden könne. Trotz der partiell positiven Aspekte schattenwirtschaftlicher Aktivitäten sieht Cassel in ihrer Ausweitung gleichwohl eine ordnungspolitische Herausforderung, da sie auf offensichtlich ungelöste Koordinationsprobleme im offiziellen Sektor der Volkswirtschaft aufmerksam mache.

Prof. Dr. Alfred Schüller, Marburg

Ausschuß für Finanzwissenschaft

Die jährlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzwissenschaft finden seit über einem Vierteljahrhundert regelmäßig in der Woche nach Pfingsten statt. Zur Jahrestagung 1985 versammelten sich die Ausschußmitglieder vom 29. bis 31. Mai 1985 in Augsburg. Die vorzüglichen örtlichen Vorbereitungen dafür verdankt der Ausschuß seinen ortsansässigen Mitgliedern Prof. Dr. H. Hanusch und Prof. Dr. M. Pfaff.

Der wissenschaftliche Teil der Tagung war dem Thema „Besteuerung im Wandel“ gewidmet. Hierzu wurden folgende Referate gehalten:

1. Prof. Dr. H. Timm (Universität Münster): Wandlungen der Besteuerung;
2. Prof. Dr. H. Pollak (Universität Göttingen): Wandlungen der Einkommensbesteuerung;
3. Prof. Dr. C. Folkers (Universität Stuttgart): Wandlungen der Verbrauchsbesteuerung.

Alle Referate wurden eingehend diskutiert. Sie sollen 1986 unter dem Titel „Wandlungen der Besteuerung“ in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik erscheinen.

Die Tagung des Jahres 1986 wird vom 21. - 23. Mai 1986 in Stuttgart stattfinden und wiederum drei Referate vorsehen, die sich mit dem Generalthema „Budgetspielräume im Föderalismus“ befassen. Referieren werden die Herren Prof. Dr. G. Kirsch, Prof. Dr. C. Smekal und Prof. Dr. H. Zimmermann.

Das Generalthema „Finanzwirtschaftliche Instrumente der Umweltpolitik“ wurde für die Tagungen der Jahre 1987 und 1988 vorgesehen. Da die Amtsperiode des Ausschußvorsitzenden abgelaufen war, wählte der Ausschuß als neuen Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. K. Schmidt (Universität Mainz). Als neue Ausschußmitglieder wurden die Herren Prof. Dr. C. Blankart (Bundeswehrhochschule München), Prof. Dr. D. Dickertmann (Universität Trier) und Prof. Dr. G. Tolkemitt (Universität Hamburg) aufgenommen.

Prof. Dr. K. Häuser, Frankfurt am Main